Montag, den 14. Januar 1924. Einzelnummer 10 Goldpfennige. 35. Jahrgang — Nr. 11

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Postpreis freibleibend! Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,80 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Konflikt wegen der Militärkontrolle?

Die Reichsregierung hat der Interalliierten Militärkontrollkommission eine Note zugehen lassen, wonach sie in Zukunft Kontrollmaßnahmen für nicht mehr erforderlich hält, nachdem sie die jetzigen Kontrollbesuche noch ermöglicht hat. Eine Pariser Meldung kündigt darauf bereits den Zusammentritt der Botschafterkonferenz an, die sich mit dieser Frage beschäftigen werde. Ob es taktisch klug ist, jetzt diese Prestigefrage deutscherseits in den Vordergrund zu schieben und dadurch Herrn Poincaré neue Stimmungsmache gegen jeden Ausgleich in der viel wichtigeren Rhein- und Ruhrfrage zu ermöglichen, wird sich bald herausstellen. Wir haben den Außenminister Stresemann rechtzeitig davor gewarnt.

* * *

In Breslau fand die angekündigte Kontrolle durch die Interalliierte Militärkontrollkommission in Gegenwart eines Offiziers der deutschen Heeresfriedenskommission am Sonnabend vormittag beim Breslauer Reiter-Regiment Nr. 7 statt. Hierzu waren erschienen: der englische Oberstleutnant Mann, französischer Oberstleutnant Laplace, italienischer Major Fier, japanischer Major Adachi und belgischer Hauptmann Bolle. Ein Teil der Kontrolloffiziere war für diesen Zweck eigens aus Berlin und Königsberg gekommen. Die Kontrolle verlief ohne Zwischenfall.

Der Kampf um die Pfalz.

Der Konflikt zwischen Englands und Frankreichs Rheinpolitik.

Paris, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In unterrichteten Pariser Kreisen verlautet, daß die französische Regierung die Entsendung des englischen Generalkonsuls in München nach Speyer damit beantworte, daß sie einen höheren Offizier beauftragt hat, dem englischen Beamten auf seiner Reise durch die Pfalz zu folgen und bei allen Unterredungen, die Herr Clive mit den Behörden der Pfalz haben werde, anwesend zu sein. Der englisch-französische Gegensatz hat damit ausgesprochenen Konfliktscharakter angenommen und man befürchtet, daß im Verlauf der Inspektionsreise des Herrn Clive Zwischenfälle unvermeidlich sein werden. Die französische Presse polemisiert aufs heftigste gegen die englische Politik. Sie spricht von einer gegen Frankreich gerichteten diplomatischen Offensive, deren Zweck es offenbar sei, einen Vorwand zu schaffen für die Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Rheinland und den Austritt Englands aus der Rheinlandkommission. In Wirklichkeit ist der englische Standpunkt unangreifbar. Er basiert auf der Auffassung, daß die Okkupationsmächte mit der Besetzung des Rheinlandes das Mandat als Treuhänder übernommen hätten und verpflichtet seien, die besetzten Gebiete nach Ablauf der Okkupationsfristen in demselben Zustande zurückzugeben, in dem sie sie übernommen haben. Die englische Regierung hat deshalb gegen die von der Interalliierten Rheinlandkommission mit zwei gegen eine Stimme beschlossene Registrierung der von der autonomen Regierung der Pfalz erlassenen Verordnungen, die praktisch die Anerkennung dieser Regierung bedeutet, ihr Veto eingelegt und sie hat, um zu verhüten, daß sie bei der zweiten Abstimmung abermals überstimmt werde, nunmehr den diplomatischen Weg betreten. Wenn demgegenüber die französische Regierung mit dem Argumente arbeitet, daß die Besatzungsmächte das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung zu respektieren hätten und eine Enquete auf Grund des Rheinlandabkommens nur durch die Interalliierte Kommission geführt werden könne so ist das eine Kasuistik, die nicht einmal in den politischen Kreisen des eigenen Landes ernst genommen wird, seitdem das klägliche Ende der Abenteuer der Dorten, Matthes und Genossen keinen Zweifel gelassen hat, welcher Art die Persönlichkeiten und die Triebfedern sind, die hinter den Separatisten stehen.

Stinnes' Reparations-Angebot wird auch in England abgelehnt.

London, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das von Stinnes in einem französischen Blatt entwickelte Reparationsprogramm stößt hier auf starke Skepsis. Man zweifelt an seiner Durchführbarkeit, umsomehr, als die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, daß die Aufnahmefähigkeit Frankreichs für Naturallieferungen sehr beschränkt ist. Der diplomatische Redakteur der „Westminster Gazette" glaubt, daß dieses Projekt die Zustimmung weder der deutschen noch der französischen Regierung finden werde.

Beneschs Reise nach London.

London, 12. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der für nächsten Sonnabend angekündigten Ankunft des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Benesch sieht man in den hiesigen politischen Kreisen mit großer Spannung entgegen. Wenn auch als Hauptzweck der Reise die Verständigung über die von Ungarn nachgesuchte internationale Anleihe angegeben wird, so glaubt man doch, daß die Aussprache Gelegenheit zu der vom Auswärtigen Amt für nötig erachteten Klärung über die von der Tschechoslowakei mit dem Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich verfolgten Ziele geben wird.

Der Inhalt der belgischen Antwort.

Eine Meldung der „Agence Belge" sagt: In ihrer Antwort, die im wesentlichen technischen Charakter trägt, erklärt die belgische Regierung vor allem hinsichtlich des Personenverkehrs, daß für Ansässige des nicht besetzten Gebiets zum Eintritt in das besetzte Gebiet ein mit Lichtbild versehener Ausweis genügen werde, von gewissen Ausnahmen abgesehen, die der Oberbefehlshaber festsetzen werde. Die Inkraftsetzung der Verordnung über die Einführung der Rentenmark und die Zulassung von Notgeld mache Belgien von einer Aenderung der Haltung des Deutschen Reiches in der Frage der Rheinisch-Westfälischen Bank abhängig. Hinsichtlich der Rheinschiffahrt werde eine Reihe von Maßnahmen, die durch Gründe der Sicherheit motiviert seien, hervorgehoben. Wenn der Eisenbahnverkehr bisher nicht den gewünschten Erfolg erreicht habe, so liege die Schuld beim Deutschen Reich, das die kürzlich von ihm unterzeichneten Abkommen nur zum Teil ausgeführt habe. Die an der Ostgrenze der besetzten Gebiete errichtete Zollschranke bleibe bestehen; aber die bereits in Gestalt von Einschränkungen und Lizenzen gewährten Erleichterungen blieben in Kraft. Was die Sicherheit von Personen und Gütern betreffe, so hätten die belgischen Behörden es niemals abgelehnt, die Frage einer Verstärkung der Polizei zu prüfen, sobald dies für notwendig gehalten würde. Die belgische Note sagt zu, daß den bürgerlichen Rechten der deutschen Staatsangehörigen kein Eintrag getan werden solle, vorausgesetzt, daß diese keinen Verstoß gegen die Pflichten begingen, die ihnen die internationalen Bestimmungen gegenüber den Besetzungsbehörden auferlegten.

* * *

Nach dem „Petit Parisien" wurde zwischen dem Quai d'Orsay und dem Botschaftsrat v. Hoesch vereinbart, daß die Antwortnote Frankreichs weder in Paris noch von der Deutschen Regierung veröffentlicht werden soll.

Macdonalds voraussichtliche Ministerliste

Was die deutsche bürgerliche Presse von unseren englischen Genossen weiß.

London, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In unterrichteten Kreisen der Arbeiterpartei glaubt man, daß ein Kabinett Macdonald folgende Zusammensetzung haben werde: Premierminister und Auswärtige Angelegenheiten: Ramsay Macdonald; Schatzkanzler: Philipp Snowden; Arbeitsministerium: Sidney Webb; Post: Robert Ammon; Lordsiegelbewahrer: Clynes; Lordkanzler: Lord Parmoor; Unterricht: Lord Haldane; Minister für Indien: Trevelyan, Minister des Innern: Henderson; Kriegsminister: Thomas; Marine: Wedgewood; Hygiene: Margarete Bondfield; Bergwerke: Hartshorn; Handelsministerium: Frank Hodges.

* * *

Von den genannten Ministerkandidaten sind Macdonald und Snowden die bekanntesten Führer der Arbeiterpartei, der letztere besonders als radikaler und sachkundiger Finanzpolitiker bekannt. Professor Webb ist auch in der deutschen Wissenschaft als international führender Sozialpolitiker anerkannt. Von den Lordposten wird einer demonstrativ dem früheren Arbeiter Clynes gegeben, der andere dem Pazifisten Parmoor. Der kommende Unterrichtsminister, einst bürgerlicher Verständigungsmann, ist in Deutschland seit seiner Göttinger Studienzeit wohl bekannt, der neue Marineminister ist ein sozialistischer Offizier. Die Hygieneministerin ist die erste Frau auf einem solchen Posten. Der Innenminister, der Kriegsminister und der Handelsminister sind aus der Gewerkschafts- und Parteibewegung bekannt und haben längst internationales Ansehen. Der angekündigte Staatssekretär für Indien ist einer der bedeutendsten Intellektuellen der Arbeiterpartei, ein früherer Liberaler, Enkel des großen Historikers Macaulay.

Amüsant ist die Aufnahme der kommenden englischen Arbeiterregierung in der deutschen bürgerlichen Presse. Während die „Breslauer Zeitung" Macdonalds Völkerbundsprogramm als eine schöne Illusion behandelt, behauptet die „Schlesische Zeitung" dreist und gottesfürchtig, Macdonald müsse eine Enttäuschung für Internationalisten sein. Sie hat offenbar noch nie ein Wort von ihm gelesen. Die deutsche Sozialdemokratie hat nach der „Schlesischen Zeitung" zuviel sozialisiert (!), die englischen Genossen würden das nicht tun. Und solches Zeug schlucken „gebildete" Leser!

Eine außenpolitische Ueberraschung

ist das erste Ereignis der Konferenz der Kleinen Entente in Belgrad. Ein Ausgleich zwischen Italien und Südslawien wird von südslawischer Seite mitgeteilt. Bekanntlich begann der Gegensatz zwischen diesen beiden im Kriege verbündeten Ländern bereits bei der Verteilung der Beute in den Friedensverhandlungen, da beide Anspruch auf den Adriahafen Fiume machten, der dann durch die Friedenskonferenz zum neutralen Freihafen erklärt worden ist. Der Kampf um die Vorherrschaft in der neutralisierten Stadt ging aber weiter und hat Italien und Südslawien zu ständigen diplomatischen Gegenspielern gemacht. Eine Versöhnung könnte erhebliche Rückwirkung auf alle osteuropäischen Bündnissysteme haben.

Die sächsischen Gemeindewahlen.

Dresden, 13. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Gemeinderatswahlen sind in ganz Sachsen durchaus ruhig verlaufen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich in verschiedenen Städten eine Verschiebung der bisherigen Mehrheitsverhältnisse nach links bzw. rechts ergeben hat. Bemerkenswert ist aber vor allem, daß die Wahlbeteiligung in einzelnen Städten mehr als zu wünschen übrig ließ, daß vereinzelt kaum 60 Prozent zur Wahlurne geschritten sind.

In Chemnitz haben:

Sozialdemokraten	35 330	Stimmen
Kommunisten	22 121	„
„Unabhängige"	472	„
Deutsche Volkspartei	25 003	„
Deutschnationale	21 771	„
Haus- und Grundbesitzer	12 474	„
Demokraten	8 632	„

Die Verteilung ergibt für die bürgerlichen Parteien 30, für die Sozialdemokraten 31 Sitze. Es besteht also nach wie vor eine knappe Linksmehrheit, die sich jedoch von der bisherigen dadurch unterscheidet, daß die Linksparteien bisher 4 Sitze mehr hatten.

In Zwickau:

Linksparteien	17 500	Stimmen
Rechtsparteien	21 400	„

Bisher war das Verhältnis ungefähr umgekehrt.

In Leipzig ist die Linksmehrheit einschließlich Kommunisten gesichert. Das vorläufige Ergebnis ist:

Sozialdemokraten	15 098	Stimmen
Kommunisten	11 662	„
Unabhängige	1 251	„
Bürgerliche Gemeinschaftsliste	18 266	„
Demokraten	5 108	„
Völkisch-Soziale	5 109	„
Deutschsoziale	446	„

In Mittweida sind 13 Sozialdemokraten und Kommunisten und 12 Bürgerliche gewählt.

* * *

Aus Plauen i. V., dem Hauptsitz unserer „Radikalen", meldet WTB. folgendes Wahlergebnis: 38 Bürgerliche, 23 Sozialdemokraten und Kommunisten. Bisher 33 Bürgerliche und 27 Sozialdemokraten.

Die Frau als Wählerin in Oesterreich und England.

Von Clara Zils.

Das Wahljahr 1924 wird den Männern und Frauen in Deutschland bald Gelegenheit geben, zu erweisen, ob und was sie in den letzten Jahren gelernt haben. Nun ist die Zahl der Frauen in Deutschland um etwa zwei Millionen höher als die der Männer und ihre politische Willensbildung wird daher von entscheidendem Einfluß auf das Wahlergebnis sein können. Die belgische Sozialdemokratie hat auf ihrem Brüsseler Parteitag Ostern 1923 das Frauenwahlrecht zur belgischen zweiten Kammer abgelehnt, weil die Wahlen zu den Gemeindevertretungen für die Sozialdemokratie sehr ungünstige Ergebnisse hatten. Schuld waren erwiesenermaßen die weiblichen Wähler. Nach Ansicht der belgischen Genossen sollten die Frauen politische Rechte erst richtig gebrauchen lernen, ehe man ihnen solche zubilligen dürfe. Die scheinbare Berechtigung dieser Haltung hat aber doch auch sehr starke Gründe gegen sich. Die Verteidiger der Frauen, die das Frauenwahlrecht trotz trüber Erfahrungen nicht ausschalten wollen, berufen sich mit Recht auf Bebel, nach dessen Wort „die" Arbeiter (also auch die männlichen Wähler) das freie Wahlrecht zunächst gegen sich selbst anwenden würden.

Inzwischen liegen nun die Resultate der Wahlen zum Nationalrat in Deutsch-Oesterreich vom Oktober und zum englischen Unterhaus vom November vorigen Jahres vor. In Deutschösterreich war die Wahlbeteiligung auffallend stark, die Frauen übten ihr Wahlrecht in einem besonders starken Grade aus. In Wien wählten 475 222 Männer und 554 017 Frauen. Davon kamen auf die Sozialdemokratie 275 813 Männerstimmen und 295 651 Stimmen von Frauen. Die nationalistischen Großdeutschen aber und die übrigen politischen Parteien mit Ausnahme der klerikalen Christlichsozialen bekamen mehr Stimmen von Männern als von Frauen. Nach dem Gesamtergebnis sind von 1000 männlichen Wahlstimmen 582, von 1000 weiblichen 533 für die Sozialdemokratie abgegeben. Die Christlichsozialen erhielten von je 1000 Männerstimmen 289, von 1000 Frauenstimmen 362.

Gewählt wurden 8 Frauen, 7 Genossinnen und eine Christlichsoziale.

Der glänzende Wahlerfolg der englischen Arbeiterpartei ist allgemein bekannt. Die Frucht dieses Sieges ist die bevorstehende Uebernahme der britischen

Regierung durch unsere Arbeiterpartei und damit ein Wendepunkt in der internationalen Politik. Einen entscheidenden Anteil auch an diesem Wahlresultat haben die Frauen. Der Propagandachef der konservativen Partei hat offen ausgesprochen, daß die Niederlage der Konservativen wesentlich durch die Frauen herbeigeführt ist. Die Konservativen kämpften für Schutzzölle, das heißt für Warenverteuerung im Interesse der Kapitalisten, die englischen Frauen gaben bei der Wahl die rechte Antwort darauf.

Diese Feststellungen sollen für uns ein Anlaß sein, die Frauen mit ihren politischen Aufgaben vertraut zu machen, ihnen zu zeigen, welchen Einfluß sie haben können. Die Zustände, unter denen wir in der deutschen Republik leben, können wesentlich durch die Klasse der proletarischen Frauen bestimmt werden.

England und Oesterreich zeigen, daß es kein Ding der Unmöglichkeit ist, auch die Frauen aus dem politischen Schlummer herauszureißen.

Die thüringische Sozialdemokratie einig und geschlossen.

Weimar, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der ordentliche Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Thüringens, der am Sonntag zusammentrat, gab ein Bild von Einmütigkeit und Geschlossenheit. Der Parteitag sprach zunächst dem verhafteten Innenminister Genossen Hermann das Vertrauen aus. In einer weiteren Entschließung wird schärfster Protest gegen den Ausnahmezustand erhoben und der Abzug der Reichswehr aus Thüringen gefordert. Von der Reichstagsfraktion wird erwartet, daß sie den sofortigen Zusammentritt des Reichstages veranlaßt und sich bemüht, durch eine Entscheidung des Reichspräsidenten den Ausnahmezustand aufheben zu lassen. Außerdem forderte der Parteitag schärfste Opposition gegen die Regierung Marx-Stresemann, Sicherung der Republik, Fortsetzung des Kampfes um den Achtstundentag, eine soziale Preispolitik und Löhne bzw. Gehälter, die ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen, ferner eine Verständigungspolitik. Ueber die Landtagswahlen referierte Genosse Brill, über die Reichspolitik Genosse Breitscheid. Beide Referate wurden ohne Aussprache entgegengenommen. Auch die Aufstellung der Kandidaten zur Landtagswahl erfolgte in fast restloser Einmütigkeit.

* *

Der Verlauf des Thüringer Parteitages ist um so erfreulicher, als die bürgerliche Presse die taktischen Diskussionen in unserer Partei mit immer größerer Hoffnung verfolgt hat. Selbst die „Nationalliberale Korrespondenz", die sonst ernst zu nehmen ist, spricht am Sonnabend von der bevorstehenden „Spaltung" unserer Partei! Unsere Gegner werden, zumal nach dem sächsischen Wahlergebnis, von der Besonnenheit unserer geschulten Parteianhänger hoffentlich überall so enttäuscht werden wie in Thüringen!

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der thüringischen Staatsregierung

sind nunmehr endgültig zum Abschluß gelangt. Das Reich verzichtet endgültig auf die Entsendung eines Reichskommissars, sowie auf die übrigen geplanten Exekutivmaßnahmen. Dagegen ist die thüringische Regierung gewisse erträgliche Verpflichtungen eingegangen. Sowohl die Reichsregierung wie die thüringische Staatsregierung werden die gegenseitigen Vereinbarungen im Laufe des Montag der Oeffentlichkeit übergeben.

Mundtotmachung eines sozialdemokratischen Militärsachverständigen.

Seit Verhängung des Ausnahmezustandes sind von den Wehrkreiskommandeuren sämtliche geplanten Vorträge unseres Genossen Polizeioberst Schützinger-Dresden verboten worden. Die Ortsgruppe Bremen des Deutschen Republikanischen Reichsbundes richtete nun eine Beschwerde an den Inhaber der vollziehenden Gewalt, um die Gründe zu erfahren. Hierauf erhielt sie vom General v. Seeckt unter dem 5. d. Mts. folgende Antwort:

„Sie kündigen eine „Schützinger-Versammlung" an. Der Name Schützinger bedeutet ein Programm; ich brauche in dieser Hinsicht nur auf die wohl auch Ihnen nicht unbekannten Artikel des Herrn Schützinger über Machtverhältnisse, Kampfmethoden und sonstige Einzelheiten des Bürgerkrieges hinzuweisen, die mit schweren, völlig haltlosen Angriffen gegen die verfassungsmäßige bewaffnete Macht des Reiches verbunden waren und in einer Zeit erschienen, die für eine Erörterung derartiger Fragen besondels ungeeignet war. Im übrigen wird das Verbot aufrechterhalten."

Also, weil Genosse Schützinger fünf Minuten vor Zwölf, als der „Hitler-Ludendorff-Putsch" bereits zum Greifen vor uns stand, die Arbeiterschaft zur Besonnenheit mahnte, den Wert von unbewaffneten Kampfverbänden auf das nötige Maß herabsetzte, das Gewölk der Putschgefahr durch psychologisches und militärtechnisches Eindringen in das Wehr- und Polizei-Problem zu zerstreuen suchte — deswegen, wegen einer auf die Spitze getriebenen Objektivität, wird er mundtot gemacht.

Warum wird Genosse Schützinger nicht einfach verklagt — wegen „Beleidigung der Wehrmacht"? — General v. Lossow würde sich totlachen!

Die jämmerliche Versorgung der Kriegsopfer.

Infolge der Anpassung an die Beamtenbesoldung haben die von der Regierung festgesetzten Renten in Goldmark unter den Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Es erhält beispielsweise ein Kriegsbeschädigter, der keinen Beruf erlernt hat und somit in seinem Erwerbsleben durch die Kriegsfolgen am schwersten geschädigt ist, da er nur mit Hilfe seiner Gliedmaßen seinen Lebensunterhalt erwerben kann, bei Verlust eines Auges eine Monatsrente von sage und schreibe 3,75 Mark oder täglich 12½ Pfg. Eine Kriegerwitwe, die ihren Ernährer verloren hat, erhält monatlich 7,50 Mk., es sei denn, daß sie infolge Krankheit völlig erwerbsunfähig ist und daher noch eine geringe Zusatzrente empfängt. Jahrelang hat man die Renten der Kriegsopfer trotz dauernder Geldentwertung nicht erhöht, angeblich weil das Reich für die Opfer des Krieges keine Mittel dazu hatte. Während der Inflation wurden infolge des bürokratischen Verwaltungsapparates die Renten erst gezahlt, nachdem sie durch die Geldentwertung bereits schon längst überholt waren. Jetzt sind ohne Parlament Rentenbeträge festgesetzt worden, die nur einen ganz geringen Bruchteil der Vorkriegsrenten darstellen. Schwerbeschädigte werden ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen und Familienverhältnisse entlassen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten sieht sich daher veranlaßt, zum 20. Januar in ganz Deutschland Protestkundgebungen zu veranstalten, um zu der Rentenfestsetzung der Regierung Stellung zu nehmen.

Blutige Zusammenstöße mit Kommunisten in Hamburg.

Aus Hamburg meldet WTB.:

Die Kommunistische Partei hatte für den heutigen Tag eine Liebknecht-Feier geplant, die am Revolutions-Denkmal auf dem Ohlsdorfer Friedhof stattfinden sollte. Der Kommunistenführer Urbahn, der im Verdacht steht, die Novemberunruhen in Hamburg geleitet zu haben, hielt zur Feier des Tages an die Menge eine Ansprache. Als er den Friedhof verließ, wurde er verhaftet. Die Polizei, die von der Menge bedrängt wurde, machte von der Schußwaffe Gebrauch. Eine Person wurde erschossen, zwei verwundet.

Ein politischer Mord?

Ein politischer Mord ist laut WTB. in Berlin am 7. Januar in der Oberbergstraße 15 begangen worden. Dort wurde der Friseur Johann Rausch im dunklen Hausflur von zwei bisher noch nicht ergriffenen Personen niedergeschossen. Rausch, der selbst der Kommunistischen Partei als Mitglied angehörte, sollte angeblich von seinen Parteigenossen erledigt werden, weil man ihn des Parteiverrats beschuldigte. Als Täter kommen zwei Männer in Frage, die in kommunistischen Kreisen als Peters und Fritz bekannt sind. Peters war Mitglied der russischen Tscheka und wurde wegen seiner früheren Tätigkeit Hängepeters genannt. Das Berliner Polizeipräsidium hat für Mitteilungen, die zur Ergreifung der Täter führen können, eine Belohnung von 300 Goldmark ausgesetzt.

Die Neuwahlen zum bayrischen Landtag

dürften laut „Bayr. Staats-Ztg." wahrscheinlich Anfang März stattfinden.

Kommunisten und Anarchisten schlagen sich gegenseitig tot.

Aus Paris meldet WTB.: Gestern abend fand eine von der kommunistischen Partei einberufene Volksversammlung statt, in der gegen die Lebensmittelteuerung und gegen die Politik der französischen Regierung Protest erhoben wurde. Im Verlaufe der Kundgebung, an der etwa 1800 Personen teilnahmen, kam es zu Zusammenstößen mit den anwesenden Anarchisten, die in Tätlichkeiten ausarteten. Etwa 20 Personen wurden durch Schüsse verwundet. Zwei sind inzwischen im Krankenhaus verstorben.

Die von Rußland bezahlte französische Presse.

Zur Vorgeschichte des Krieges.

Die Pariser „Humanité" veröffentlicht seit einiger Zeit unter der Ueberschrift „Die Bestechlichkeit der französischen Presse", Dokumente aus den diplomatischen Archiven des zaristischen Rußlands. Es gibt nur wenige Organe in Frankreich, die durch diese Enthüllungen nicht aufs schwerste kompromittiert werden. Der „Temps", das „Journal des Débats", die großen Boulevard-Blätter der „Matin", das „Journal", der „Petit Parisien" der „Figaro" usw. bis herab zu den kleinsten Finanz- und Börsen-Blättchen, sie alle haben Jahre hindurch von der russischen Regierung laufende Subsidien bezogen, um ihren Lesern ein gefälschtes Bild von der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Rußlands vorzuspiegeln und so den Erfolg der russischen Anleihen in Frankreich zu sichern. Daneben sind es eine ganze Reihe namhafter Journalisten und bekannter politischer Persönlichkeiten, Senatoren und Deputierte, die in diesen Listen aufgezählt sind. Eine Serie von Dokumenten, deren Veröffentlichung das Blatt in dieser Woche begonnen hat, stellt, so meint die „Frankf. Ztg.", einen der wertvollsten Beiträge zur Vorgeschichte des Krieges dar. Sie zeigen, daß Poincaré sich in der systematischen Vorbereitung der großen Angriffskoalition gegen Deutschland durch die Opposition der öffentlichen Meinung im eigenen Lande sehr behindert fühlte, und, um diesen Widerstand zu brechen, nicht gezögert hat, durch Vermittelung des russischen Botschafters in Paris, der Regierung von Petersburg starke Geldausgaben empfahl, zu dem ausgesprochenen Zweck, die mißliebigen Warner zum Schweigen zu bringen und die große Tagespresse für die Propaganda im Sinne der französisch-russischen Kriegspolitik zu gewinnen.

Niederlage der kommunistischen Opposition in Moskau.

Heute trat als Vorbereitung der allgemeinen Bundeskonferenz die Moskauer Gouvernementskonferenz der Kommunistischen Partei zusammen. Der offiziöse Bericht erweckt den Anschein, als ob die Opposition auf dieser Konferenz im Wesentlichen auf ihren Widerspruch verzichtet habe. Dem Zentralkomitee wurde mit bedeutender Mehrheit ein Vertrauensvotum erteilt. Jedoch hat die Opposition von Anfang an damit gerechnet, daß das Zentralkomitee eine Mehrheit haben werde und die Bedeutung dieser Mehrheit zu diskreditieren versucht. So hat z. B. die Parteizelle des Moskauer Militärbezirks in einer Entschließung die bevorstehende Parteikonferenz, „welche größtenteils aus Parteimitgliedern bestehen wird, die eine antidemokratische Politik in der Partei getrieben haben" — für nicht ganz kompetent zur Durchführung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie erklärt. Auch gibt es zu denken, daß von 72 in den Moskauer Zellen angenommenen Resolutionen 32 für die Opposition stimmen. Nach dem offiziösen Bericht gab der Oppositionsführer Preobrashenski heute die Erklärung ab, die Opposition sei durch die von den Zentralinstanzen gefaßte Entschließung vom 5. Dezember über die Demokratisierung innerhalb der Partei ihrer besten Argumente beraubt. Aus dem Umstande, daß er zu dem Vertrauensvotum eine besondere Resolution einbrachte, welche 61 Stimmen erhielt, ist indessen ersichtlich, daß von einem bedingungslosen Verzicht auf jegliche Opposition immerhin noch nicht die Rede ist.

* *

Die gegen die Opposition und vor allem gegen Trotzki in den Spalten der „Prawda" geführte Polemik des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei gipfelt in einer Warnung, die fast als eine Drohung bezeichnet werden kann. Das Zentralkomitee werde auf seiner Linie beharren und sei dabei der Hilfe des erprobten alten Parteistammes sicher; wer dem Zentralkomitee hierbei entgegentrete, der verletze die Parteidisziplin und müsse sich dafür vor der gesamten Partei verantworten.

Demonstrationen und Verhaftungen in Rußland.

Die Sowjetpresse bringt an auffallender Stelle die kurze Mitteilung, daß die Arbeiter im Donbassin nunmehr alle Rückstände seit November des abgelaufenen Jahres ausgezahlt erhalten. Die Verzögerung dieser Auszahlung hatte in Südrußland im November zu recht ernsten Demonstrationen der Arbeiter geführt, u. a. in Charkow, die wiederum zahlreiche Verhaftungen von Arbeitern durch Sowjetpolizei zur Folge hatten, was aber in der Presse nicht zur Sprache kam. — Im Laufe des November und Dezember wurden, dem „Sozialistitscheski Westnik" Nr. 1 zufolge, in vielen Städten Rußlands Massenverhaftungen von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei vorgenommen.

Keine Einigung der republikanischen russischen Emigranten.

In den Weihnachtstagen fand in Prag eine Konferenz der demokratischen und republikanischen russischen Emigrantengruppen statt, an welcher u. a. von den Linksdemokraten Miljukow sowie Vertreter der am weitesten rechtsstehenden sozialistischen Gruppen teilnahmen. Die Besprechungen über ein taktisches Zusammengehen und die Bildung einer demokratisch-rechtssozialistischen Einheitsfront haben ein positives Resultat nicht gehabt. Miljukow (bekanntlich der erste Außenminister Rußlands nach dem Sturz des Zarismus) hat sich schon mehrmals vergeblich um einen Zusammenschluß der genannten Emigrantengruppen bemüht.

Der Schwärmer von Bazancourt.

Von Otto Thielemann.

20]

Er fühlt sich diesem Mädchen gegenüber schuldig ... die litt wie er ... und schuldlos war ... wie er.

... Die ganze Menschheit lag in seiner reichen Seele. Er kannte Streit und Widerstreit. Er wußte alle Ziele, alle Richtung. Er kannte jede Nuancierung. Hier Vaterland und Ehre, hier Ruhm und Macht, hier Kaufmannsklugheit, Welterfahrung, hier Gott und Mensch. Er fühlte sich als Mensch, beugte sich tief und gab dem unbekannten Gott die Ehre. Er wollte büßen für die Sünden seiner Brüder, ... kämpfen mit lauterem Wort, mit Geisteswaffen, denen nichts zerstören ... es war kein anderer Weg mehr möglich. In ihm war [illegible] und Größe. ...

Da kam Bewegung in die Menge. Man stieg auf Stühle, hob sich in die Wagen, die Frauen sanken auf die Kissen, völlig erschöpft. Die Männer kämpften mit dem Herzen ... Noch einmal rissen alle Wunden auf. Die Hände winkten und die Augen weinten.

Entsetzt floh Vogelsang. Er wollte durch das Dorf.

Ein heller Triller hielt ihn auf. Zum letzten Male ein Grüßen ... Abschiednehmen ...

Die Motore brummten laut, die Wagen rucken an und setzen langsam sich in eine Reihe. Schwerfällig holpern sie davon.

Ein Schrei gellt auf:

„Pierre! Pierre!" Und wieder herzzerreißend:

„Pierre, Pierre!"

Das Mädchen in der roten Bluse steht auf dem letzten Wagen, streckt wild die Hände aus, fällt kraftlos an die Wagenwand und sinkt dann in die Kissen.

Der bleiche Bursche, dessen Blicke sie umklammern, stößt sich, ruft heftig: „Jeanne!" und stürzt dem Wagen nach. Da halten alle Männer ihn zurück. Aus ihren Stimmen klingt ein Vorwurf:

„Wo willst du hin, Pierre?"

„Pierre, bedenk doch, ach Pierre!"

„Pierre, sei doch vernünftig!"

Zwei junge Burschen nehmen seine Arme und ziehen ihn hinweg. Er läßt sich führen wie ein Kind.

Die Wagen rasseln durch das Dorf.

An einer Straßenkreuzung steht, wie an jedem zweiten Tag, die Regimentskapelle.

Der bartlose Kapellmeister mit den blanken Gamaschen führt graziös den Stab. Er sieht die Wagen mit dem „Zivilvolk" kommen, wirft sich in Positur, blickt selbstgefällig auf und ... trifft ... nicht einen Blick. Er ist verärgert. Diese Störung! Der Wagenlärm! Er fordert mit den Händen auf. Sie spielen lauter. Die Autos werden übertönt. Die „Czardasfürstin" ist im Schwung. Die Wagen biegen um die Ecke. Der dichte Hörerkreis summt leise die allgemein beliebte Melodie:

„ . . . machen wir's den Schwalben gleich,
bauen uns ein Nest . . ."

Stumm gehen die zurückgebliebenen Dorfbewohner nach Haus. Jeder trägt schwer an seiner Last, die ihm die finstere Zukunft auferlegt. Stumm geht auch Vogelsang nach Haus. Ueberall fliegt von den Dächern der Sonnenschein und die beliebte Melodie:

„ . . . machen wir's den Schwalben gleich,
bauen uns ein Nest . . ."

Da flucht auch Vogelsang:

„Saupack!"

Er fühlt sich leichter. Er weiß zwar nicht, wem dieser Fluch wohl galt, und doch, er ist erleichtert ...

Wenn er Yvonne jetzt treffen könnte!

Der gelle Schrei „Pierre!" hat ihn heftig erschüttert. Er hat seit gestern großes Leid gesehen, und wenn er überlegt, zerrissen hat doch erst sein Herz der wilde Schrei des Mädchens. Die Bande, die die Heimat, die Erinnerung und die Gewohnheit, ja selbst der Glaube knüpfen, sind doch wohl nicht so fest, als wenn die Liebe zwei verbindet ...

So fassungsloses Weh hat er sonst kaum bemerkt!

Und wie der Kummer ihn ergriff! So jäh! ... Der bleiche Bursche, dieses Mädchen ...

Wenn er Yvonne nur sehen könnte! Es wühlt in ihm.

Sie [illegible] auch so allein. Wenn er sie trösten könnte! Sie würde ihm dankbar sein, wenn er ihr zeigt, daß ihre Schmerzen auch die seinen sind, daß er sie ganz versteht; er würde ihre Hand ergreifen, ihr leise sagen, daß er mit ihr leidet ...

Zaghaft schreitet er durch den kleinen Garten. Dann bleibt er an der Tür, aus Vorsicht, stehen. Er ist allein. Das Stubenfenster ist geöffnet.

Er wartet, ob der Alte kommt. Er fürchtet ihn, die Mädchen würden [illegible] haben. Unruhig geht er hin und her. Der Alte scheint nicht da zu sein, sonst wäre er im Garten. Sein Herz klopft stark.

Mit irgend einem Grund wird er hineingehen in die Stube, mit irgend einem Grund. Er wird ... sie ... um ein Streichholz bitten. Ach nein, das ist zu kläglich. Nach diesem Abschied an der Kirche. Außerdem mag er auch gar nicht rauchen. Er hat gar keine Lust zum Rauchen. Im Gegenteil. Er ist so aufgeregt. Wenn er nur wüßte ...

Da kommt ihm ein Gedanke. Er stürzt in Eile auf den Boden. Niemand ist da. Dort lehnt am Schornstein noch der Besen. Den nimmt er hin und geht wieder nach unten.

Die Häuser dieses Ortes sind vor vielen Jahren alle fast gleich gebaut. Vom selben Meister, nach derselben Art. Man tritt vom Garten in die Küche. Und hinter diesen rauchgeschwärzten Küchen liegen Stuben, Kammern. Vogelsang wird an des Kantors Wohnung erinnert; dort hingen auch, wie hier, die Töpfe an den Wänden; die Farbe nur ist anders. Ein Schrank, der schmale Herd und ein paar Stühle, das war dort drüben, ebenso wie hier, die Einrichtung.

Die Küche ist leer. Unter dem geschweiften Herd liegt eine buntgefleckte Katze und leckt die weißen Pfoten.

Er schreitet durch die Küche und klopft laut an die Stubentür.

„Herein!"

Madame Thibaut kam ihm schon an der Tür entgegen.

Yvonne sitzt mit verweinten Augen an dem hellen Fenster und lächelt weh bei seinem Eintritt. Suzanne macht sich am Tisch zu schaffen.

„Madame, hier ist der Besen. Ich danke auch."

„O, nichts zu sagen." Mit einer Handbewegung ladet sie ihn ein, hineinzugehen und trägt den Besen in die Küche. Sie zog die Tür ins Schloß. Er steht den beiden Mädchen gegenüber. Zwischen den Fenstern steht die Kommode mit einer bunten Decke. Auf ihr prangen Vasen, frische Blumen, Margeriten und roter Klee und lange feine Gräser. In ihrer Mitte thront ein Kruzifix und hinter ihm, in halber Höhe hängen an den Wänden unter Glas und Rahmen Bilder der Leidenszeit. Ein tiefer Sessel, in dem wohl sonst der Alte sitzt, ist noch im Zimmer, dann noch drei gute Stühle, und alles äußerst sauber.

(Fortsetzung folgt.)

Nach dem Parteitag der polnischen Sozialdemokratie.

Die Stellung zur Minderheitenfrage und zur Internationale.

Unser Bericht über den Krakauer Parteitag der polnischen Sozialisten (PPS.), der bekanntlich den polnischen Sozialismus nach den schmerzlichen Erfahrungen einer längeren radikalen Oppositionsstellung wieder grundsätzlich regierungs- und koalitionsbereit erklärte, wird durch einen polnischen Brief des Prager „Sozialdemokrat" ergänzt. Darin wird festgestellt, daß die erste Folge des Parteitagsbeschlusses bereits in einer politischen Amnestie der jetzigen „halblinken" Grabski-Regierung zu erwarten steht. Weiter wird dann noch über den Parteitag berichtet:

Einen wichtigen Punkt der Verhandlungen, bei denen auch die Arbeitervertreter der Minderheiten als Gäste anwesend waren, bildete die **Minderheitenfrage**. Genosse **Niedzialkowski** erstattete ein ausführliches Referat. Er betonte vor allem, daß die theoretische Erledigung dieser für Polen brennenden Frage keineswegs genüge, vielmehr verlange die PPS. eine praktische Lösung dieser für alle Minderheiten nicht einheitlich zu erledigenden Angelegenheit. Während für die Juden, zum Teil auch für die Deutschen das Personalitätsprinzip in Frage käme, müßte das Problem der Ukrainer und Weißrussen im territorialen Sinne der **Selbstverwaltung und Autonomie** gelöst werden. In dieser Richtung wurde auch eine Resolution des Parteivorstandes angenommen. Es ist besonders lobenswert, daß die PPS. an die Lösung der Nationalitätenfrage im sozialistischen Sinne mit einer ruhigen Konsequenz schreitet, die wohl den nationalistischen Gegnern viel Anlaß zu Geschrei, der Partei aber vor der Internationale sicherlich viel mehr Ehre einbringen wird, als der Standpunkt der tschechischen Sozialdemokraten.

Auf der Tagesordnung stand weiter der Beitritt der PPS. zur **Hamburger Internationale**. Einstimmig wurde die Anmeldung vom Parteitag zur Kenntnis genommen. Auch das bedeutet einen Schritt weiter im Aufbau der Internationale in Polen als auch in Europa. In bezug auf die auswärtige Politik stand der Parteitag auf dem Standpunkt, daß Polen als der Schlüssel des europäischen Ostens allen Anlaß habe, eine ausgesprochene **Friedenspolitik** zu betreiben, daß es sich keineswegs zum Werkzeug des fra[nzö]sischen Imperialismus gegenüber Deutschland oder anderen S[taa]ten hergeben dürfe. Bezeichnend war die Bemerkung des The[or]etikers der polnischen Partei, Genossen **Perl**, über **Pilsudski**: „— Wir verteidigen ihn gegen die Angriffe der Rechten, aber wir dokumentieren, daß Pilsudski nicht unser Mann ist und wir dürfen aus ihm keinen Mussolini der Linken machen —." Das war deutlich genug.

Alles in allem, der Parteitag bedeutet einen **Fortschritt** der sozialistischen Politik in Polen, er war aber auch ein Erfolg der internationalen sozialistischen Politik in Europa.

* * *

In einem Aufsatz „Die verpaßte Gelegenheit" bespricht im Organ der (sozialistischen) deutschen Arbeiterpartei, der „Lodzer Volkszeitung", der Abgeordnete Genosse **Kronig** die Versuche zur polnischen Kabinettsbildung durch den Führer der Wyzwolenie-partei, **Thugutt**, der, was bisher nicht bekannt war, der Sohn eines **deutschen Kolonistenhauses** in der Lubliner Gegend ist. Er nennt das Kabinett **Grabski** eine Folge der Feigheit der polnischen Linken, die sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum bekanntlich der Stimmen enthielt, so daß die 76 Neinstimmen einzig und allein aus den Reihen der Minderheiten kamen. Thugutt sollte auf Wunsch des Staatspräsidenten eine rein polnische Mehrheit zu bilden suchen. Der Staatspräsident entpuppte sich also als Gegner der Minderheiten, obgleich seine Wahl auch mit den Stimmen der Minderheiten erfolgt ist, denn die vereinigte Rechte stimmte damals gegen ihn. Bei dem Präsidenten, der vom Sozialisten sich zum Nationalisten entwickelt hat, ist das nicht weiter verwunderlich. Doch durfte Thugutt als Führer der Linken einen solchen hoffnungslosen Versuch gar nicht wagen. So mußte es zum Kabinett Grabski kommen, das eigentlich nur die alte Regierung mit verminderter Fassade darstellt. Die Farben sind etwas weniger kraß, doch ist der Inhalt derselbe. Einzig und allein **die polnische Sozialdemokratie** nahm von den Parteien der polnischen Linken eine klare Stellung ein und war **für ein Zusammengehen mit den Minderheiten**.

Politische Personalveränderungen in Polen.

Der erwartete Regierungswechsel in England durch die Uebernahme der Regierung seitens der Arbeiterpartei würde die Versetzung des polnischen Gesandten **Skirmunt** von London nach Paris zur Folge haben, da Skirmunts enge **Beziehungen zur konservativen Partei Englands ihn in dieser Richtung zu sehr festgelegt** haben. An seine Stelle soll **Skrzynski** treten, der das letzte Halbjahr in London verbracht und mit den Liberalen und der Arbeiterpartei Fühlung genommen hat; in seinem Buch „Poland und Peace" hat er sich zudem den englischen Anschauungen über Osteuropa angepaßt. Als Vertreter Polens im Völkerbunde ist **Dmowski** ausersehen, die Vertretung in Moskau übernimmt der bisherige Arbeitsminister **Darowski**.

Der Staatspräsident hat es **abgelehnt**, den Marschall **Pilsudski** zum **Generalstabschef** zu ernennen.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund

hat sich bald nach Inkrafttreten der Personalabbauverordnung mit der Frage befaßt, wie die „abgebauten" Beamten neuer produktiver Tätigkeit zugeführt und ihnen Existenzmöglichkeit geschafft werden könne. Der von uns bereits früher erwähnte Vorschlag des Heimstättenamts, der auch vom ADB. lebhaft unterstützt wird, erscheint hierfür jedoch nicht ausreichend, weil er sich nur auf die Beamten bezieht, die mit Pension oder Wartegeld ausscheiden und als Unterbringungsmöglichkeit nur die Siedlung vorsieht. In engster Fühlung mit dem Heimstättenamt und mit Fachleuten aus der Praxis hat der ADB. schon vor Weihnachten einen Plan aufgestellt, der neben der Ansiedlung auch die Ueberführung in andere, insbesondere technische Gewerbe, vorsieht und vor allen Dingen auch für diejenigen Beamten, die nur mit Abfindungssummen ausscheiden, Wege zur Umstellung aufweist. Die Verwirklichung der Vorschläge ist in der Hauptsache **auf genossenschaftlichem Wege** gedacht und auch nach der finanziellen Seite hin durchführbar gestaltet. Auf Betreiben des ADB. findet am 17. Januar eine Beratung des Planes mit den Regierungsstellen statt, die sich bereits jetzt mit seiner Prüfung befassen.

Zehnstundentag in der Zementindustrie.

Für Christliche und Hirsche.

Der Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Zementindustrie läßt durch die Telegraphen-Union triumphierend verkünden, daß er mit dem Zentralverband der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter und dem Gewerkverein für Fabrik- und Handarbeiter (Hirsch-Duncker) ein Arbeitszeitabkommen vereinbart hat,

„wonach ein weiteres Glied der großen Rohstoffgewerbe zum Zehnstunden-Normalarbeitstag übergeht. Die freien Gewerkschaften haben sich von diesen Verhandlungen ausgeschlossen."

Wenn die Christen und Hirsche ihre Organisationen nur durch einen „**Zehnstunden-Normalarbeitstag**" und das in der **Zementindustrie** aufrechterhalten zu können glauben, dann ist es schlimm um sie bestellt. Nicht sie, sondern das **Unternehmertum** hat den Vorteil von diesem **Verrat** der Arbeiterinteressen.

Merkwürdige Naturalentlohnung.

Eigenartige Entlohnungsmethoden werden aus dem **Ruhrgebiet** gemeldet. Obwohl die Mark bis jetzt stabil ist, scheint man zur Lohnzahlung in Naturalien zurückkehren zu wollen. Die **Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G.** hat, wie die Verwaltung den Arbeitnehmervertretern mitteilt, einen **größeren holländischen Kredit** zur Fortführung ihres Betriebes erhalten. Für einen erheblichen Teil dieses Kredits mußte die Gesellschaft nach den Bedingungen des Kreditabkommens **Lebensmittel in Holland** ankaufen. Aus diesem Grunde sieht sie sich veranlaßt, den Arbeitern einen Teil des Lohnes, etwa ein Viertel, in Lebensmitteln auszuzahlen. Der Bericht verrät leider nicht den **Namen** der holländischen Gesellschaft, die den Kredit gegeben hat. Die Annahme, daß es ein dem **Stinnes-Konzern**, zu dem Deutsch-Luxemburg gehört, **nahestehendes Unternehmen** ist, läßt sich daher nicht nachprüfen. Trifft sie zu, dann würde hier mit den Lohngeldern der Arbeitnehmer **eine lukrative Einfuhr** betrieben und obendrein dem Handel und den Konsumgenossenschaften eine **unlautere Konkurrenz** gemacht. Empfehlenswert wäre eine Feststellung, ob die als Lohn gewährten Lebensmittel nicht anderwärts im Preise **billiger** zu haben sind. Ein Anlaß, zur Naturalentlohnung zurückzukehren und den Arbeitern Lebensmittel an Lohnes Statt zu geben, während sie vielleicht mit ihrem Lohn andere Waren kaufen wollen, liegt für die Arbeiter jedenfalls **jetzt** weniger als jemals vor.

Parteigenossen

versäumt nicht die heute abend pünktlich 7½ Uhr beginnende

Mitgliederversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Reichstagsabgeordneter Dr. Kurt Geyer

spricht bestimmt über: **Die Politik der Sozialdemokratie.**

2. **Aufstellung der Reichstagskandidaten.**
3. Wichtige Parteiangelegenheiten.

Auf in diese Versammlung!

Ohne Parteimitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Streik der deutschen Seeleute, der im **Hafen von Hull** vor Anker liegenden **deutschen** Schiffe hat sich auf einen 8000-Tonnen-Dampfer der Hapag ausgedehnt, der in London im Dock liegt. Im **Hafen von London** hat die Besatzung des deutschen Dampfers „**Frankenwald**", der soeben aus den Vereinigten Staaten eingetroffen war, sich dem Beispiel der Kameraden von Hull **angeschlossen**.

Die streikenden Seeleute verlangen Löhne auf Grund der britischen Sätze. Die Dockarbeiter von London haben sich aus Sympathie geweigert, das betreffende Schiff zu entladen, bevor die Deutschen mit ihren Forderungen durchgedrungen sind.

Es verlautet, daß der Präsident des englischen Seemannsverbandes lebhaft für die Erfüllung der Lohnforderungen der deutschen Matrosen eintritt. Er erklärte gegenüber einem Journalisten, **daß die deutschen Löhne, in englische Währung umgerechnet, nur zwei Pfund Sterling im Monat** ausmachen. Man müsse verhindern, daß die Deutschen durch die Bezahlung zu niedriger Löhne den englischen Schiffern erhebliche Konkurrenz machen.

Die Hafenarbeiter haben die Löschung der Ladung des deutschen Dampfers „Frankenwald" wieder aufgenommen, während die Verhandlungen über die Löhne der Besatzung fortgesetzt werden. Der deutsche Konsul hat die deutschen Reeder aufgefordert, an der **Konferenz in London** teilzunehmen, auf der Vertreter des deutschen Seemannsbundes über die Löhne der Besatzungen aller deutschen Schiffe, die in britische Häfen kommen, beraten werden.

Generalstreikparolen im Ruhrgebiet aus Anlaß der Abwehrbewegung der **Metallarbeiter** gegen die Verlängerung der Arbeitszeit werden von der gesamten Parteipresse zurückgewiesen. Ein Generalstreik in dem Ausmaße, wie er geplant ist, sei von so bedeutsamer Art, daß alle Instanzen, die dazu berufen seien, nichts unversucht lassen dürfen, ihn zu vermeiden.

Der in **Bochum gefaßte Generalstreikbeschluß für die Metallindustrie** wurde von einer Konferenz der Ortsausschüsse und Bezirksleiter der freien Gewerkschaften Elberfelds abgelehnt.

Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes ruft in der neuesten Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung", die nach dreimonatigem Verbot im besetzten Gebiet nunmehr wieder erscheinen kann, zur 24. Generalversammlung in Dresden auf. Der Tag des Zusammentritts ist wegen der bevorstehenden Parlaments- und Gemeindewahlen noch nicht bestimmt. Die allgemeine Wirtschaftslage unter Berücksichtigung der Arbeiterinteressen spiegelt sich in der Tagesordnung wieder. Die Konzentration des Kapitals in der Montanindustrie sowie gewerkschaftliche Probleme in Gegenwart und Zukunft werden zu den wichtigsten Punkten gehören, die auch bei der Wahl der Delegierten zum nächsten Gewerkschafts- und Internationalen Bergarbeiterkongreß eine wesentliche Rolle spielen dürften.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Alle Parteifunktionäre

und ebenso die unserer Partei zugehörigen Gewerkschaftsfunktionäre des Landkreises Breslau werden hiermit zu der Donnerstag, den 17. Januar, abends 7½ Uhr in der Neuen Börse in Breslau stattfindenden Versammlung über den Antisemitismus ganz besonders dringend eingeladen. Einlaß 7 Uhr, ohne Parteimitgliedsbuch kein Zutritt. **J. A.: Kleinert.**

Aus Schlesien.

Der Landbund und die Kleinbauern.

Die Leitung des Landbundes liegt bekanntlich ganz in den Händen von Großagrariern. Der maßgebende schlesische Mann in der Reichsleitung ist **Baron Richthofen-Boguslawitz**. In **Oberschlesien** sucht der Landbund neuerdings die katholischen Kleinbauern dadurch zu gewinnen, daß er den früheren Zentrumsabgeordneten **Herschel** als besoldeten Geschäftsführer angestellt hat. Dr. Herschel scheint aber dadurch seine früheren Freunde im Zentrum in Oberschlesien jetzt ganz verloren zu haben. Wenigstens lehnte das führende oberschlesische Zentrumsblatt ihn kürzlich wegen seiner Stellung im Landbunde entschieden als Kandidaten für den Vorsitz des oberschlesischen Kulturverbandes ab, da der Landbund auch unter Herschel **eine zu einseitig gerichtete Organisation** wäre.

[illegible] Zentrum nahestehenden **Bauernvertreter** aus den gehobenen Posten geradezu heraus. Die Zentrumspresse muß zum Beispiel ausführlich darüber berichten, daß der Kreislandbund Neisse den Zentrumsabgeordneten und bäuerlichen Besitzer **Zipper** ausgeschlossen hat, weil dieser sich **gegen das Bündnis von Landbund und Rechtsradikalen in Bayern und gegen die steuerliche Ungerechtigkeit in der Belastung der kleineren Besitzer und Entlastung der Großagrarier** ausgesprochen hat. Das sind allerdings Todsünden gegen den wahren Geist des Landbundes, zumal die von Zipper gerügten Tatsachen am offensten bisher in der **sozialdemokratischen** Presse zum Ausdruck kamen. Gewisse Zentrumskreise wollen den Riß jetzt wieder verkleistern und Zippers Ausschluß durch den Reichslandbund, in dem er nach dem Ausschluß aus der Kreisorganisation noch sitzt, revidieren lassen. Dann dürfte der Kleinbauernvertreter weiter **Mitglied** sein, nachdem er gelernt hatte, daß man **gegen die Großagrarier** bei Strafe des Ausschlusses **nicht aufmucken** darf. Der charakteristische Fall beleuchtet **die Machtverhältnisse im Landbund** recht deutlich.

Eine Falschmeldung.

Die „Ostdeutsche Morgenpost" hat in ihrer Nummer 7 vom 7. Januar unter Berufung auf einen als zuverlässig geltenden Berichterstatter die Mitteilung verbreitet, daß die **Aufhebung der Landgerichte in Beuthen, Ratibor und Brieg** bevorstehe. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst aus dem Justizministerium erfährt, ist dort von einer Absicht, diese Landgerichte aufzuheben, nichts bekannt.

Striegau. **Beraubte Briefe aus Amerika.** Ein Einwohner aus Laasan erhielt von einem Verwandten aus Amerika einen Brief, dem 12 Dollars beiliegen sollten, die aber fehlten. Auch ein gleicher Brief an die Schwester des Empfängers war seines wertvollen Inhalts beraubt.

Görlitz. **Durch herabstürzende Schneemassen** von etwa 15 Zentner Schwere wurde hier ein Briefträger so getroffen, daß er schwere innere Verletzungen erlitt.

Arbeiter-Sport

Fußball.

Serienspiele am Sonntag, den 20. Januar.

Sonderklasse, I. und II. Mannschaften:

2	Herta I	—	Stern I	Brieg	Schlesinger, Brieg
12	Herta II	—	Stern II	Brieg	Günther, Brieg
2	1922 I	—	Sturm I	Gellweiche	Gäbe, Sparta
2	V.f.L. I	—	Silesia I	L. H. L.-Platz	Weihrauch, Sturm
12	Silesia II	—	V.f.L. II	L. H. L.-Platz	Ulbrich, Stern
2	Brieg I	—	Süd I	Brieg	Kosmane, Brieg
12	Brieg II	—	Süd II	Brieg	Linke, Brieg
2	Sparta I	—	West I	Gandau	Schaf, Stern
2	West II	—	Sparta II	Eichenpark	Stephan, Falke

A-Klasse, I. und II. Mannschaften:

2	Möwe I	—	Oels I	Kürassierplatz	Stegmanowitz, Süd
12	Möwe II	—	Oels II	Kürassierplatz	Pätzold, Stern
2	Wacker I	—	Kickers I	Gandau	Schaffer, 1922
2	Kickers II	—	Wacker II	Grüscheiwiese	Haller, Sturm
2	Sportfr. I	—	Falke I	Jankholzwiese	Gamille, Oswitz
2	Sportfr. II	—	Falke II	Neukirch	Kuschmann, Sturm
2	Ohlau I	—	V.f.B. I	Ohlau	Wilde, Brieg
12	Ohlau II	—	V.f.B. II	Ohlau	Wilde, Brieg
2	Oswitz I	—	Union I	Oswitz	Altmann, Sparta

III. Mannschaften:

12	Fr. Spfr. III	—	V.f.L. III	Jankholzwiese	Reusch, Union
12	Union III	—	West III	Eichenpark	Grunwald, Fr. Spfr.
10	V.f.B. III	—	Sparta III	Gandau	Lober, Union

II. Jugendmannschaften:

10	West II	—	Möwe II	Kürassierplatz	Speich W., Süd

Hauptberichterstattung für Montag, den 14. Januar, **Gubo**, Kurt (Vorwärts); **Hoppe**, Rudolf (Kickers). Alle Spielberichte müssen Montag, abends von 7 bis 8 Uhr, bei **Firla** abgegeben werden.

Freie Turnerschaft Breslau. Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Zimmer 9, eine Turnerinnen-Versammlung statt. Anschließend daran gemütliches Beisammensein. Sämtliche Turnerinnen-Abteilungen haben zu erscheinen. Turnliederbücher nicht vergessen. — Am 23. Januar findet in der Viktoriaschule, Blücherstraße, die Jahresversammlung der 3. Turnerinnen-Abteilung statt. Sämtliche Mitglieder (auch passive) haben an der Versammlung teilzunehmen.

Erster Arbeiter-Angler-Verein, e. V. Freitag, den 18. Januar, abends von 6—8 Uhr: Zahlabend. Sämtliche noch ausstehende Fischereischeine mitbringen und das Einzahlen nicht vergessen. — Dienstag, den 22. Januar, abends 7 Uhr: Vorstandssitzung. Der Vorstand.

Aus aller Welt.

Anatole France,

der große französische Dichter und **Sozialist**, der seit einiger Zeit krank ist, ist gestern abend in eine Klinik gebracht worden. Sein Zustand gibt den Blättern zufolge zu Besorgnissen Anlaß.

„Herr von Lingen."

Der **deutsche Kronprinz**, der nach einem kundigen Thebaner vorgestern in Meran gewesen sein soll, befindet sich nach dem „Ambrosiano" angeblich in Mailand, wo er in einem Kabarett gesehen worden sein soll. Es handelt sich aber, laut „Voss. Ztg.", in Wirklichkeit um den **zweiten** Sohn des ehemaligen deutschen Kaisers, der unter dem Pseudonym eines „Herrn von Lingen" in Meran (Italienisch-Tirol) seinen **dauernden Wohnsitz** genommen hat.

Im vierten Stock hängen geblieben.

Ein Angestellter eines Geschäftshauses in der Leipzigerstraße in Berlin, der auf dem Dache des Geschäftshauses mit der **Schneebeseitigung** beschäftigt war, rutschte ab und wäre ohne weiteres in die Tiefe gestürzt, wenn er sich nicht geistesgegenwärtig **an dem Dachsims des vierten Stockwerks festgehalten** hätte. Die **Feuerwehr befreite den halb Erstarrten** aus seiner gefährlichen Lage.

Ein freigebiger Kriegsgewinnler

ist der Wiener Stinneskonkurrent **Sigmund Bosel**, der das Defizit der Wiener Universität und auch der Wiener Volkshochschule für einige Jahre zu decken übernommen hat. Es handelt sich um siebenstellige Goldbeträge jährlich, die Herr Bosel allerdings auf Grund seiner Inflationsgewinne verhältnismäßig bequem aufbringen wird. Die Wiener christlich-soziale Presse lobt den Spender mit großen Tönen. Zweifelhaft ist aber, ob jetzt die Anträge verschwinden werden, die Herrn Bosels eventuelle Nachkommen vom Studium an den von ihm mit Spenden bedachten Einrichtungen ausschließen würden. Herr Bosel ist nämlich jüdischer Abkunft und die christlich-soziale Regierung Oesterreichs, die seine Spenden für die Universität mit großen Dankesworten angenommen hat, enthält mehrere Minister, die sich für den Ausschluß der Juden vom Hochschulstudium ausgesprochen haben.

Auf der Berliner Stadtbahn betäubt und beraubt

wurde gestern abend ein 60 Jahre alter Kassierer aus Charlottenburg, der auf dem Bahnhof Zoo einen nach dem Osten fahrenden Zug bestiegen hatte. Am Schlesischen Bahnhof stiegen die Mitreisenden aus und es stiegen zwei Männer in sein Abteil ein. Bald darauf schlief der Kassierer ein. Als er erwachte, befand er sich wieder auf dem Bahnhof Zoo. Während seiner Betäubung war ihm seine Aktentasche mit 700 Goldmark, die Brieftasche mit vier Dollarnoten und seine goldene Uhr nebst Kette und die Schlipsnadel entwendet worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Husten mit Auswurf müssen Sie schnellstens beseitigen. Wir raten Ihnen, in der Apotheke 50 g echten [illegible] zu kaufen und durch Aufkochen mit ¼ Ltr. [illegible] preiswerte prompt wirkende Hustenmedizin selbst herzustellen.

Vereinskalender.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Breslau. Montag, den 14. Januar, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshause, kleiner Saal, eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch. Die Filialleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Betriebsräte und Vertrauensleute! Heut Montag, Punkt 5½ Uhr, kleiner Saal des Gewerkschaftshauses: Versammlung. Vortrag des Gewerberats Kaufmann über Betriebsstillegungen. Um 7½ Uhr ist der Saal anderweitig vergeben, deshalb pünktliches Erscheinen notwendig.

— **Kesselschmiede.** Vertrauensleute! Heut um 8 Uhr im Zimmer 20 des Gewerkschaftshauses: Zusammenkunft.

Deutscher Eisenbahner-Verband. Dienstag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Amtsversammlung der Werkstättenämter 1—4 statt. — Mittwoch, den 16. Januar, abends 7½ Uhr, Zimmer 10, Vollversammlung der Betriebs- und Beamtenräte. — Freitag, den 18. Januar, abends 7½ Uhr, Zimmer 10, Gruppenversammlung der Oberbauarbeiter. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Mitgliedsbuch dient als Ausweis. Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Stenographen-Verein „Arends". Anfängerkurse beginnen Donnerstag, den 17., und Freitag, den 18. Januar, abends 7 Uhr, im Zwingergymnasium, 1. Stock, Zimmer 3. Arbeitslose: Sonntag, den 20. Januar, Gewerkschaftshaus, Zimmer 11. (Siehe Inserat vom 16. Januar.)

Deutscher Buchdrucker-Verband. Dienstag, den 15. Januar, nachmittags 4½ Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses außerordentliche Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Stenographen-Anfänger-Kursus für Damen, Herren und Schüler. Beginn Dienstag, abends 7½ Uhr, in der Katholischen Realschule, Nikolaistadtgraben 20, 1. Stock. (Siehe Inserat am Sonnabend.)

Ich brauche nötig Geld und muß verkaufen!

Mein Inventur-Ausverkauf

überbietet alles bis jetzt dagewesene. Ich offeriere:

Damenkleider von einfachster bis zur feinsten Qualität * **Kostüme * Damen-, Mädchen- und Kindermäntel * Kostümröcke * Blusen * Jumper * Kinderkleidchen**

Durch meinen persönlichen **billigen Einkauf** bin ich in der Lage, zu solch **billigen Preisen verkaufen zu können,** daß solche selbst bei **der Konkurrenz** Verwunderung erregen

Gegründet 1886 — **S. Leuchtag,** Schmiedebrücke 55, Ecke Kupferschmiedestr., parterre und 1. Stage. — Gegründet 1886

Großer Ausverkauf! Wegen Geschäftsaufgabe unerhört billig! 45
Herren- u. Kostümstoffe von 1.75 Mk. per Meter an bis zu den besten Qualitäten. Selten günstige Kaufgelegenheit! Schneider und Wiederverkäufer erhalten Rabatt!
Augustr. 32, 2 Treppen an der Schweidnitzerstr.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die Weltsprache **Esperanto,** die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.

Neu erschienen: **Die Zukunft der deutschen Volksgesundheit** von Arthur Bergmann. 0,20 Goldmark. Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Parteifreunde kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die **Volkswacht**

Käufe
Garn Futterstoffe Leinwand kauft zu hohen Preisen Firma Frida Lippert, Heinrichstr. 14.

Verkäufe
Gelegenheitskauf! 207 Ein neues, sehr gutes **Banner** für Erd-Radf.-Ver. billig zu verk. m. Aufbf. b. Ortsgr. Räh. b. Thomas, Plottnitz, P. Reichenstein

Arbeitsmarkt
Tüchtige **Putzmacherin** für mein Atelier zum sofortigen Antritt für angenehme Dauerstellung gesucht. 184
J. Preuß Nachf., Ring 45.

Tüchtige **Wickelmacherinnen** melden sich sofort. **Max Cohn,** Zigarrenfabrik, Holteistraße 36.

Breslauer „Elektro-Industrie" G. m. b. H.
Klosterstraße Nr. 62 Breslau 8 Telephon: Ring 218
Sämtliche elektrotechn. Bedarfsartikel für Industrie und Landwirtschaft
Tochter-Gesellschaft
Elektro-Metallwaren-Fabrik, E. Horn & Co., G. m. b. H.
Vorwerkstraße Nr. 14a Breslau 8 Telephon: Ohle 1251
Fabrikation von Rohrschellen, Endtüllen und sonstigen Rohrzubehörteilen

Vereinigte Holzindustrie Akt.-Ges.
Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße 100/102

Emanuel Rosengarten Akt.-Ges.
Abfallverwertungs- u. Sortieranstalt
Alteisen Metalle Lederabfälle Lumpen Altpapier
Fernsprecher: Ring 7110, 7111, 7112
Lageradresse: Schießwerderstraße 38
Drahtwort: Eroga Breslau

Konfektions-Watte für Schneiderei, Kürschnerei, Steppdecken etc. liefert
Eduard Langer & Co., Breslau
Rosenstraße 25
Abteilung Wattefabrik Fernsprecher: Ohle 1533 u. 790

Bau- und Nutzhölzer aller Art liefert
Eichstaedt & Co.
Holzgroßhandlung BRESLAU V

P. Wenzel
Groß-Tschansch
Fernsprecher: Ohle 7248
Bautischlerei, Möbeltischlerei Ladenbau

Abfahrt der Züge von Breslau (Freiburger Bahnhof) nach Richtung Hirschberg – Görlitz – Berlin.
D = Durchgangswagen. W = Werktags. △ = Bahnpost.
† Oktober—März täglich. †† Verkehrt nur auf besondere Anordnung.

△ 4[illegible]	†† 5[illegible]	605	D 651	△ 8[illegible]	† 12[illegible]	12[illegible]	W 315	△ 426	△ 626	1013	11[illegible]
nach Hirschberg—Berlin	nach Hirschberg	nach Canth	nach Hirschberg—Berlin	nach Hirschberg—Berlin	nach Canth	nach Görlitz-Cottbus	nach Königszelt	nach Hirschberg	nach Hirschberg—Lauban	nach Ditterbach	nach Canth

Bürgerliches Brauhaus Breslau
Hubenstraße 44/48 Anruf Ring 1533
empfiehlt seine wohlschmeckenden und bekömmlichen Biere

Pollack & Adler
Breslau, Pokoyhof
Herren-Kleider-Fabrik
Telephon: Ring 3687

Hugo Plachte
Breslau 10, Schießwerderstr. 44
Telephon: Ring Nr. 8255
Häute, Felle, Rauchwaren
Spezialität: Hasen und Kanin

Abramsohn & Lippstadt
Herrenkleiderfabrik
BRESLAU I, Reuschestraße 20/21
Fernspr. Ring 9018 :: Telegr.-Adr. Alib.

Martin Strumpf
BRESLAU
Holteistraße Nr. 15

Gebr. Goldstein
BRESLAU, Kaiser-Wilhelm-Straße 142
Telephon: Ring Nr. 7100
Holz-Großhandlung

Hch. Fiebiger
Neue Schweidnitzer Straße Nr. 4
Werkzeuge — Landwirtschaftliche Geräte
Haus- und Küchengeräte — Eisenwaren
Gegründet 1877. Fernsprecher Ohle 5306 u. 5307

Heinrich Künstler, Breslau-Klein Tschansch
Telephon Ohle Nr. 2794
Rohprodukten-Großhandlung

Max Berger Breslau, Augustastraße 66. Telephon Ohle 580
Webwaren en gros

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 14 Januar.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Parteigenossen!

Wir benötigen dringend noch über

100 Quartiere

für die Nacht vom 2. zum 3. Februar für unsere Parteifreunde, die als Delegierte zum Bezirksparteitag kommen.

Bitten um sofortige Angabe an das Parteisekretariat im Gewerkschaftshaus, 2. Etage, Zimmer 36 oder 37.

Frauenleiterinnen und Stellvertreterinnen. Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11. Alle Genossinnen müssen bestimmt erscheinen.

Distrikt 1. Bezirksführer sofort Marken abholen.

Distrikt 20. Alle Kassierer müssen sofort die alten Marken abgeben und die neuen in Empfang nehmen.

Distrikt 38. Der Distriktsbeitrag beträgt laut Beschluß der Funktionär-Sitzung für Männer 10 Pfg. und Frauen 5 Pfg.

Abteilung Nikolaitor. Morgen, Dienstag, den 15. Januar, abends 8 Uhr, bei Weiß, Friedrich-Karlstraße 26, Versammlung aller Parteifunktionäre. Alles muß da sein.

Arbeiter-Kinderfreunde! Dienstag, pünktlich 6 Uhr: Zusammenkunft aller Helfer. Zur Besprechung stehen unsere Sammlungen und der Elternabend.

Jungsozialisten. Dienstag, 8 Uhr: Sprechchorübung. Neue Sprecher willkommen.

Achtung, Arbeiterjugendchor! Heute abend (Montag), pünktlich 7½ Uhr, in der Garderobe des Gewerkschaftshauses, Uebungsabend. Wegen der am Dienstag stattfindenden Mitgliederversammlung mußte der Abend auf Montag gelegt werden.

Selbstverwaltung oder nicht?

Das alte Mißtrauen gegen ein selbständiges und selbstverantwortliches Schaffen freier Stadt- und Landgemeinden ist noch längst nicht überwunden, weder verfassungsrechtlich noch vor allem in der Praxis. Noch immer glauben weite Kreise des Bürgertums, glauben namentlich staatliche Verwaltungsorgane, das Problem: Selbstverwaltung und Staat durch ein System kleinlicher Bindungen und Bevormundungen lösen zu können. Ja, in weit höherem Maße als jemals zuvor ist heute das Genehmigungsrecht der Aufsichtsbehörden zu Gängelsucht und Schikanierwut ausgeartet. Nichts aber wäre bedenklicher, als wenn gerade in dieser Zeit schwierigster kommunalpolitischer Aufgaben das Bewußtsein eigener Verantwortlichkeit und der Wille zur tatkräftigen Initiative in unseren Städten und Landgemeinden irgendwie gelähmt werden sollte. Nicht Knebelung, sondern Entfesselung der Selbstverwaltung ist das Gebot dieser Stunde der Not!

Solange Verfassung und Gesetzgebung nichts dazu tun, ist die Erfüllung dieser Forderung eine Sache der Einsicht der Aufsichtsbehörden, der vernünftigen Handhabung eines durch die Gesetzgebung verliehenen Rechts. Bis jetzt aber haben die Aufsichtsbehörden offenbar nichts Besseres zu tun, als sich um jeden Quatz zu kümmern, jeden Beschluß städtischer Körperschaften paragraphenweise durch die Finger rinnen zu lassen, um jedes Sandkorn auf seinen amtlich vorgeschriebenen oder auch nur amtlich erwünschten Durchmesser zu prüfen. Und bei dem Vielerlei an Behörden, das sich an einer solchen Einzelkontrolle der Gemeinden beteiligt, ergibt sich dann auch ein Vielerlei an Forderungen und Wünschen, daß die Gemeinden an jeder frischen und einigermaßen selbstbewußten Arbeit fortgesetzt hindert und hemmt.

Die Folgen der staatlichen Bevormundung machen sich innerhalb der städtischen Verwaltung recht unangenehm bemerkbar. Man gewöhnt sich daran, eine abweichende Einzelentscheidung, auch wenn man sie für schädlich hält, resigniert hinzunehmen, um „Weiterungen" und Zeitverlust zu ersparen. Oder aber die städtische Verwaltung weicht all diesen Schwierigkeiten dadurch aus, daß man die Einzelheiten jeder Vorlage haarklein mit der Aufsichtsbehörde durchspricht und durcharbeitet, ehe man damit an die Stadtverordnetenversammlung geht, wie das in Breslau in der letzten Zeit mehrfach zu beobachten war. Das bedeutet praktisch nicht mehr und nicht weniger als eine Ausschaltung der städtischen Körperschaft aus der Entscheidung über prinzipiell wichtige Fragen.

Vor allem aber bringt die jetzige Methode der Genehmigung wichtiger Beschlüsse eine oft genug verhängnisvolle Verzögerung ihrer Durchführung mit sich. So kam in Breslau erst jetzt wieder das Wohnungsamt vorübergehend in der Luft zu hängen. Trotz des Riesenapparats von Beamten, der für diese in ihrer Peinlichkeit und Kleinlichkeit vollkommen überflüssige Arbeit in den Reichs- und Staatsbehörden bereitgehalten werden muß (Beamtenabbau?), dauert die Genehmigung teilweise nicht selten monatelang, ist nicht selten nur durch eine fortgesetzte persönliche Fühlungnahme überhaupt ein einigermaßen erträglicher Fortgang des Genehmigungsmechanismus aufrechtzuerhalten. Einzelne Städte haben besondere Beamte hierfür zur Verfügung gestellt (Beamtenabbau?), die nur dauernd zu kontrollieren haben, an welcher Stelle das Genehmigungsgesuch zurzeit „schwebt" und welche Schwierigkeiten sich ihm jeweils in den Weg stellen. Jedem Kommunalpolitiker ist in den letzten Monaten oft genug das Blut in die Schläfen gestiegen, wenn er die himmlische Ruhe weltferner Regierungsstellen angesichts der katastrophalen Notlage der Kommunen und ihrer Bevölkerung beobachten mußte. Goldmillionen über Goldmillionen sind einzelnen Gemeinden dadurch verloren gegangen. Eine im März 1923 beschlossene Papiermarkanleihe, eine im November 1923 beantragte Goldanleihe konnte überhaupt nicht mehr begeben werden, wenn die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht Zug um Zug eintraf. Aber was brauchen Aufsichtsbehörden von der Lage des Geldmarktes zu wissen — der Amtsschimmel trabt seinen Trab!

Dazu kommt, daß der Druck bestimmter Interessengruppen bei der jetzigen Genehmigungsmethode zweimal einsetzt, bei der Stadt und bei der Aufsichtsbehörde, also zweimal überwunden werden muß. Daß dann innerhalb der Bureaukratie unserer Ministerien gewisse politische Einflüsse stärkere Wirkungen ausüben als bei einer fortschrittlich oder gar sozialistisch gesinnten Stadtverwaltung, daß also das Genehmigungsrecht nach wie vor zu einem politischen Druckmittel und zu einem stark bremsenden Moment gegenüber dem kommunalen Fortschritt wird, steht nach den Erfahrungen der letzten Jahre außer jedem Zweifel.

Vor allem kann den Aufsichtsbehörden unmöglich das Recht zugestanden werden, einen Beschluß städtischer Körperschaften einfach paragraphenweise abgeändert zurückzuweisen und der Stadtverwaltung zum zuzurufen: Friß, Vogel, oder stirb!, wie wir es in Breslau bereits mehrfach erleben mußten. Ein solches, jetzt fast zur Regel gewordenes Verfahren, hat mit dem Recht der Beanstandung gesetzwidriger Beschlüsse überhaupt nichts mehr zu tun, noch weniger natürlich mit den selbstverständlichen Rechten einer wirklichen Selbstverwaltung.

Wie das Problem Selbstverwaltung und Staat gesetzlich gelöst werden kann, beweist die thüringische Verwaltungsreform. In Preußen werden wir fraglos nicht eine so eindeutige Regelung der Kompetenzen erhalten. Um so notwendiger ist die Umstellung der geheimrätlichen Bureaukratie auf den Gedanken der Entvormundung der städtischen Selbstverwaltung. Unsere Gemeinden werden am Gängelbande verkümmern oder frei schaffend leben — ein Drittes gibt es nicht!

Vortrag über den Antisemitismus.

Donnerstag, abends 7½ Uhr, spricht im Saale der Neuen Börse der Genosse Schweriner aus Berlin in einer

Versammlung der Breslauer Parteifunktionäre

und derjenigen Gewerkschaftsfunktionäre, die unserer Partei angehören, über das Thema:

Der Antisemitismus als Waffe der Reaktion im Kampfe gegen die Arbeiterschaft.

Genosse Schweriner ist einer der besten Kenner des Antisemitismus. Zutritt von 7 Uhr ab nur gegen Funktionärausweis oder Parteibuch.

Vom Lebensmittelmarkt.

Gewaltige Mengen Lebensmittel werden gegenwärtig auf den Markt geworfen. Durch das Erscheinen weiterer Auslandsprodukte auf dem Lebensmittelmarkt ist es nun hoffentlich endgültig mit dem Zurückhalten von heimischen Produkten vorbei. Infolge des Ueberangebots gingen die Preise etwas herunter, trotzdem bleibt recht viel ungekauft, weil nicht genügend Geld unter der Masse des Volkes ist. Nicht ohne Einfluß auf die Fleischpreise wird das Erscheinen des Gefrierfleisches sein, das in guter Qualität angeboten wird. Heute hatte das Frischfleisch noch den Preis der Vorwoche, war also recht teuer. Schweinefleisch stellte sich auf 1,20 Mark bis 1,40 Mark das Pfund, Rindfleisch auf 1 Mark und 1,10 Mark, ohne Knochen 1,40 Mark, Hammel- und Kalbfleisch kostete 1,20 Mark und 1,30 Mark. Die Freude aller Hausfrauen erweckt das viele Lungenfett und der Grünspeck. Solche Artikel waren noch vor einigen Wochen für den gewöhnlichen Erdenbürger unerreichbare Dinge. Allerdings kostet das Pfund dieser schönen Ware 1,50 Mark und 1,60 Mark. Ausgelassenes Rindfett wird für 80 Pfg. bis 1 Mark das Pfund angeboten.

Ungeheuer groß ist das Angebot an Fetten. Das amerikanische Schmalz wurde zu 85 und 90 Pfg. das Pfund verkauft; Bratenfett zu 60 Pfg.; die billigste Margarine kostete 55 Pfg., die besseren Sorten bis 70 Pfg. Für ¼ Liter Leinöl wurden 60 und 70 Pfg. gefordert. Ganze Berge von Butter werden dem Publikum angeboten. Landbutter kostete 1,70 Mark, Molkereibutter 2 Mark und 2,20 Mark. Der meisten Ware merkt man an, daß sie schon recht lange auf Käufer wartet. Wild und Geflügel blieb teuer. Hasenhinterläufe oder Rücken kosten 2,80 Mark bis 3,50 Mark; Rehkeule und -rücken sind von 1,20 Mark an das Pfund zu haben, anderes Rehfleisch von 70 Pfg. an. Da sich die Gänse im ganzen recht schwer verkaufen, werden sie zerlegt. Hier werden sie im Pfundpreise, je nach dem Stück, zu 1,30 Mark bis 1,80 Mark verkauft. Rohes Gänsefett kostete 2,50 Mark das Pfund. Groß ist das Angebot an Auslandspeck. Gesalzen wurde er für 1 Mark, geräuchert für 1,20 Mark verkauft; fette Schweinebacken ohne Knochen kosteten 95 Pfg. das Pfund. Auch die beliebte Schweine-Gefrierleber ist wieder zu haben, das Pfund zu 70 Pfg.; frische Rindsleber kostet genau noch einmal soviel.

Der Fischmarkt ist nicht besonders gut versorgt und was vorhanden ist, ist teuer. Grüne Heringe kosten 55 Pfg. das Pfund Kabliau 50 Pfg., Fischkoteletts 1 Mark, kleine Weißfische 50 Pfg. Das Viertelpfund Bücklinge muß mit 35 Pfg. bezahlt werden, ein Salzhering mit 6 Pfg.

Auf dem Gemüsemarkt gibt es zum Teil wieder recht gute Ware; die erfrorene wurde aussortiert. Das Pfund Welschkraut wird ür 20 Pfg., Rotkohl für 25 und 30 Pfg., Weißkohl und Mohrrüben für 15 und 18 Pfg. verkauft. Sellerie und rote Rüben kosten 30 Pfg. das Pfund, schöner Blumenkohl 30 bis 60 Pfg. die Rose. Zwiebeln werden zu 25 Pfg. angeboten. Junger Schnittlauch aus dem Treibhaus erinnert uns daran, daß wir dem Frühling entgegengehen. Ein Gegengewicht zu den teueren Aepfeln geben die Apfelsinen. Die Straßenhändler verkaufen 10 Stück für eine Mark. In Südfruchtgeschäften wurden Tomaten angeboten, das Pfund zu einer Mark. Auch die Blumenzüchter haben nun wieder neuen Mut geschöpft. In den Schaufenstern stellen duftige Fliederzweige und wohlriechende Maiglöckchen ihre Schönheit zur Schau.

Ein neuer Polizeikommandeur für Breslau.

Der bisherige Schutzpolizei-Kommandant von Breslau, Oberst de la Roi, ist als Schupokommandant nach Bochum ins Ruhrgebiet versetzt worden, wo er angesichts der schwierigen Stellung der Schupo im besetzten Gebiet eine besonders schwierige Aufgabe übernimmt. Wir haben in der „Volkswacht" verschiedentlich an einzelnen Maßnahmen des Obersten de la Roi Kritik üben müssen, können aber zum Abschied feststellen, daß die Motive dieser Maßnahmen auch da, wo wir sie nicht billigen konnten, immer ehrenhaft und loyal waren. De la Roi war früher aktiver Armeeoffizier und konnte daher aus seiner Haut begreiflicherweise nie ganz heraus. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Oberwachtmeister Thustus unter Ernennung zum Obersten ernannt worden. Oberst Thustus war bisher Leiter der Polizeischule in Frankenstein. Er ist im Gegensatz zu seinem Breslauer Vorgänger aus der Polizeilaufbahn hervorgegangen.

Zentral-Arbeiter-Bibliothek im Gewerkschaftshause.

Wir machen unsere Leser aufmerksam, daß die Ausleihezeit nachmittags um eine Stunde später gelegt ist. Diese Veränderung ist getroffen worden, um den in Arbeit stehenden Lesern Gelegenheit zu geben, ihre Bücher wieder tauschen zu können. Die Arbeitslosen bitten wir nach wie vor in den Vormittagsstunden zu kommen. Die Bibliothek ist geöffnet wie folgt:

Montag: vormittags 10—½12, nachmittags 4—6 Uhr,
Dienstag: vorm. 10—½12, nachm. 4—6 Uhr nur für Kinder,
Mittwoch: vormittags 10—½12, nachmittags 4—6 Uhr,
Donnerstag: vormittags 10—½12, nachmittags geschlossen,
Freitag: vormittags 10—½12, nachmittags 4—6 Uhr,
Sonnabend: vormittags 10—½12, nachmittags geschlossen.

Die Wohnungszwangswirtschaft bleibt.

Von amtlicher Seite wird uns mitgeteilt:

In den „Breslauer Neuesten Nachrichten" vom 8. Januar 1924 ist die Ansicht vertreten worden, daß mit dem 31. Dezember 1923 die Wohnungszwangswirtschaft aufgehört habe, da die auf diesen Termin befristeten örtlichen Anordnungen bisher nicht verlängert seien. Diese Ansicht ist im wesentlichen irrig und kann Unheil stiften.

Einer besonderen erneuten ministeriellen Ermächtigung der Gemeindebehörden zu den in den §§ 2—5, 7—15 des Wohnungsmangelgesetzes bezeichneten Befugnissen bedarf es nach der Fassung dieses Gesetzes vom 26. Juli 1923 nicht mehr.

Eine Verlängerung der auf den 31. Dezember 1923 befristeten örtlichen Anordnungen ist nur insoweit erforderlich, als es sich um Sonderermächtigungen der einzelnen Gemeindebehörden auf Grund des § 6 Wohnungsmangelgesetz handelt, worunter insbesondere die Beschlagnahme übergroßer und entbehrlicher Wohnungsteile fällt. Nach Auskunft des Ministeriums für Volkswohlfahrt ist die Verlängerung tatsächlich erfolgt. Nur die amtliche Veröffentlichung hat sich verzögert; sie ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Es wird daher davor gewarnt, im Vertrauen auf die angebliche Aufhebung der Zwangswirtschaft Freimeldungen zu unterlassen oder ohne Genehmigung des Wohnungsamtes Wohnungen zu beziehen. Gerichtliche Strafe und polizeiliche Entfernung aus den widerrechtlich bezogenen Wohnungen würde andernfalls die Folge sein.

Die Gulaschkanone der Heilsarmee.

Die Heilsarmee schreibt uns:

Um die große Not der ärmeren Bevölkerung nach besten Kräften zu lindern, rollen nun täglich 14 Gulaschkanonen mit ihrem schmackhaften Inhalt heran. Leider ist es bei dem anhaltenden Schneetreiben der letzten Zeit nicht möglich gewesen, die Töpfe der Heilsarmee für die Gaben aufzustellen.

Daher ist für die Unterhaltung so vieler Gulaschkanonen in der letzten Zeit ein erhebliches Defizit zu verzeichnen. Obwohl die Leitung der Heilsarmee, Stabskapitän Keidel und Frau, in Verbindung mit dem Schlesischen Landbund und dem Wohlfahrtsamte das Aeußerste daran setzen, um dieses segensreiche Werk der kostenlosen Speisung zu unterhalten, würde doch, wenn nicht seitens gebefreudiger Menschen reichliche Gaben zufließen, die weitere Aufrechterhaltung ernstlich in Frage gestellt werden. Hilfe tut daher dringend not. Jeder, der ein Herz für seine, bei der großen Kälte doppelt hungernden und frierenden Mitmenschen hat, dem 3. Januar 1923 bis zum 3. Januar 1924 wurden insgesamt 206 190 Portionen warmes Essen kostenlos an die hiesige ärmere Bevölkerung verteilt.

Die Heilsarmee glaubt zuversichtlich, daß auch ihr neuer Appell wirkungsvoll sein wird, um auch im neuen Jahre die wichtige Arbeit der Volksspeisung fortsetzen zu können. Spenden hierfür sind auf das Postscheckkonto 55 703 der Dresdener Bank, Breslau, und deren Filialen, als auch an das Männerheim I, 6517, Ofener Straße 52/54, zu richten. Es werden auch Gaben und Lebensmittel auf Verlangen von dort abgeholt.

Sozialistische Studentengemeinschaft.

Am Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 Uhr, findet in den Räumen der „Volkswacht", Flurstraße 4/6, ein Ausspracheabend über die sozialistische Studentenbewegung statt. Pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich. Gäste willkommen.

Die Preisgestaltung auf dem Zuckermarkt

wird eigenartig beleuchtet durch eine Notiz im Handelsteil des „Berliner Tageblattes" vom 11. Januar, wonach die Zuckerfabriken den Landwirten als Entgelt für gelieferte Zuckerrüben Zucker geliefert haben, der bisher zurückgehalten wurde. In einer Eingabe der „Edeka" (Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler) an den Reichsernährungsminister wird darauf hingewiesen, daß das Zuckergeschäft unterbunden ist. Kaufleuten und „Edeka-Genossenschaften" werden speziell im Bezirk Breslau von den Landwirten Zucker billigst angeboten und die Landwirte bezahlten zum Teil mit Zucker Maschinen und andere Bedarfsartikel.

Die Differenzen in den Zuckerdetailpreisen finden also auf die Weise ihre Aufklärung. Uns will es scheinen, daß bei diesen Geschäften sehr umfangreiche Steuermogeleien begangen, und Schädigungen des Steuersäckels systematisch betrieben werden.

Todesfälle infolge Unterernährung.

Tot aufgefunden wurde am 11. d. Mts. in ihrer Wohnung Schwenkfeldstraße 17 die 63 Jahre alte Valeska Krix. Da sie nicht in der Lage war, sich die erforderlichen Nahrungsmittel und Heizmaterial kaufen zu können, ist sie infolge Unterernährung und Kälte gestorben. Ein Bett besaß sie nicht. Sie wurde auf der Erde liegend, in einem Tuch eingehüllt, tot aufgefunden; — tot aufgefunden wurde ferner die 55 Jahre alte Marie Rother in ihrer Wohnung Zietenstraße 28. Sie lebte in ärmlichen Verhältnissen. Der Tod ist ebenfalls auf Unterernährung zurückzuführen.

Ihr Reichen und Satten! Laßt die vorstehenden Polizeimeldungen zu eurem Gewissen sprechen, denn noch viele hungern und sehen einem gleichen Ende entgegen.

Und ihr Behörden! Tut im Kampfe gegen die Not im höchsten Maße eure Pflicht!

Die juristische Sprechstunde

findet diese Woche Dienstag, den 15. Januar, nachmittags von ½5 bis ½6 Uhr, und Donnerstag, den 17. Januar, nachmittags von ½1 bis ½2 Uhr, statt. Eingang Grünstraße 46.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

* **Der Brotpreis** beträgt von heute ab in Breslau für ein dunkles Vierpfundbrot 47 Pfennige und für ein helles 57 Pfennige.

* **Tatgemeinschaft „Junge Menschen".** 34. Arbeitsabend heute 7½ Uhr Guttemplerloge, Martinistraße 7. 1. Grundfragen der Politik und Wirtschaft; 2. der Fall Wyneken. Kartenverkauf zu den Wyneken-Vorträgen. Alle vorwärtsgerichtete Jugend kann an unserer Arbeit teilnehmen.

* **Für Partei in Not** gingen ferner ein: Czymanski 1 Billion, Ungenannt 350 Mild., Liste 28 durch Rademacher 1 Billion, durch R. 450 Mild., Ungenannt 250 Mild., Podolski 300 Mild., Ungenannt 600 Mild., P. S. 2 Billionen, Schaudienst 100 Mild., Bergander 1 Billion, Guttmann 400 Mild., Liste 17 durch Bochnig 11 800 Mill., Liste 48 durch Hanke 2500 Mild., Liste 45 durch Rochner 2032 Mild., Liste 49 durch Rochner 2300 Mild., Loose 1 Billion, Schoor 5 Billionen, F. Philipp 1 Billion, W. W. 10 Billionen, Grunschel 3 Billionen, Auerbach 0,50 M, Groher 0,50 M, M. S. 4,20 M, Frl. Ilis 1,50 M, Hahn 1,15 M, Frau K. 2 M, Gen. Nr. 4,— M.

Allen Spendern herzlichen Dank. Weitere Spenden werden im Partei-Sekretariat, Margaretenstraße 17, II., Zimmer 36, jederzeit entgegengenommen.

Die vom Sekretariat entnommenen Sammellisten bitten wir, recht bald zurückzugeben. Postscheck-Konto 51158.

J. A.: Robert Herrmann, Kassierer.

* **Der Ball der Presse,** der auch in diesem Jahre das gesellschaftliche Hauptereignis der Saison darstellen wird, findet am 26. d. M. in sämtlichen Räumen des Breslauer Konzerthauses statt. Nähere Mitteilungen über den Abend der zugunsten der Wohlfahrtseinrichtungen des Verbandes der Schlesischen Presse stattfindet, werden in den nächsten Tagen erfolgen.

Reto **Wundersalbe**
glänzend bewährt Krampfadergeschwüren, Frostschäden, Flechten, Ekzemen
Depot und Versand für Schlesien:
Apotheke Schweidnitzer Straße 42a, Breslau

Familien-Anzeigen

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am 12. Januar verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwieger-, Großmutter und Tante 48

Frau Auguste Räuschel geb. Rudoli

im Alter von 54 Jahren.
Breslau, den 13. Januar 1924.
In tiefstem Schmerz:
Hermann Räuschel
nebst Kindern.
Beerdigung: Dienstag, den 15. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Pohlanowitzer Friedhofes aus.

Blumen vergehen, Bücher bestehen!

Gute Geschenkliteratur
zu allen vorkommenden Gelegenheiten
hält in reichster Auswahl
Volkswacht-Buchhandlung
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstraße 5
am Lager.
Der Besuch unserer Buchhandlung ist lohnend.

Stadttheater.
Montag abend 7 Uhr:
Lohengrin.
Dienstag abend 7½ Uhr:
Klein Idas Blumen.
Hierauf: Josefslegende.
Mittwoch abend 7½ Uhr:
Die Bohème.

Lobetheater.
Intendant: Paul Barnay.
Tel.: R. 6775 und R. 6766.
Montag Dienstag 7½ Uhr:
„Die Freier"
Bühnenmusik v. Chr. Lahusen.

Thalia-Theater
Ring 6700
Heute und täglich 7½ Uhr:
Lumpaci vagabundus
Posse mit Gesang u. Tanz
von Nestroy.

Schauspielhaus.
Operettenhäuser Tel. Ring 2545
Heute und täglich 7½ Uhr:
Der Vizeadmiral.

Circus Straßburger
Täglich 7½ Uhr:
Neue Circus-Sensationen
und **internationales Radrennen**

Dominikaner!!
8 Uhr: 197
Täglich! Das neue Täglich!
Künstler-Programm.

---

2 billige Fischtage!

am Montag und Dienstag

in der **„Nordsee"** Gesellschaft. Feuster Trupp

Bitte achten Sie **genau auf unsere Firma**

Hauptgeschäft u. Versand Ruhrauer Str. 2, direkt hint. d. Hauptbahnhof an der Teichstraßen-Unterführung.

Filialen Schmiedebrücke 19, rechts vom Ringe aus. Neue Schweidnitzer Str. 5a, rechts von der Gartenstr. aus.

Fernsprecher für alle 3 Geschäfte Ohle 4223, 5290, 5291.

3 Waggons mit 36000 Pfund blutfrischer, fetter **Seefische**

Feinste große **grüne Heringe** Pfund **50** Pf.

ff. Seelachs im Schnitt / **ff. Goldbars** ohne Kopf — Pfund nur **44** Pf.

ff. Lengfisch wie Kabeljau im Schnitt . . . Pfund **48** Pf.

ff. weiße Fischkotelettes ohne Haut ohne Gräten Pfd. **85** Pf.
und viele andere Sorten. Preise in den Fenstern.

Feinste englische **Fett-Vollbücklinge** ¼ Pfd. **25** Pf.

Echte perf. Oelsardinen nur solange Vorrat Dosen 30, 50, 65, 75, **85** Pf.

Salzheringe . . Stück 6, 8 Pf. Salzschetten . . . . . 10 Pf.

Schles. Räucherle, unsere Spezialität, ¼ Pfund **15** Pf.

196 Große Auswahl in Räucherwaren und Marinaden.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Kassenmitglieder!

Die unten namentlich aufgeführten **Krankenkassen** haben sich gegenüber dem kassenärztlichen Verein Breslau-Stadt **schriftlich verpflichtet,** eine **Beeinflussung** ihrer Mitglieder oder Familienangehörigen

in der Wahl ihres Kassenarztes

weder mündlich noch schriftlich noch anderweitig auszuüben und die Rechnungen **aller** Aerzte, welche Mitglieder des kassenärztlichen Vereins Breslau-Stadt sind, **in gleicher Höhe zu bezahlen.**

Es besteht somit bei den hier aufgeführten Krankenkassen wieder die

volle freie Arztwahl wie bis zum 1. 12. 1923,

daher **hebt** der kassenärztliche Verein Breslau-Stadt mit Wirkung

vom Montag, den 14. Januar,

die Erhöhung seiner Honorarforderungen **auf,** welche diesen Kassen gegenüber s. Zt. als **Kampftaxe** eingeführt worden war. Den Mitgliedern und Familienangehörigen **der hier nicht aufgeführten Krankenkassen** kann der kassenärztliche Verein Breslau-Stadt zu seinem Bedauern die **niedrigeren** Honorarsätze **noch nicht** gewähren, weil die hier **nicht** aufgeführten Krankenkassen die gleiche Verpflichtung uns gegenüber **noch nicht** eingegangen sind.

Die Krankenkassen sind:

Betriebs- und Unterstützungskrankenkasse der Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G. Kommunal-Betriebs-Krankenkasse. Betriebs-Krankenkasse Kemna. Archimedes. Hydrometer. Przedecki. Lenz & Co. Elektrische Straßenbahn. F. W. Hofmann. Gebr. Heymann. Schuhfabrik Wohlauer. Breslauer Consum-Verein. Vereinigte Chem. Fabr. Silesia. Schoeller-Eitorfer Kammgarn-Spinnerei. Zuckerfabrik vom Rath, Schoeller & Skene, Klettendorf. Wasserbauamt Breslau. Die Innungskrankenkasse der Perückenmacher und Friseure. 56

Der Verein der Kassenärzte Breslau-Stadt E. V.

Für die Wäsche nur die beste Qualität
und das ist

Ruba Seife

Ruba Werke Rudolph Balhorn
Seifen- und Parfümerienfabrik
G. m. b. H.

3 Verkaufsstellen am Platze

A. Grätzer & Co.
Größtes Spezialhaus
für elegante Damenhüte

Wiener & Schneller
Neue Schweidnitzer Str. 6 : Tel. Ring 4097 u. 8087
Holzgroßhandlung
Dampfsäge- u. -Hobelwerke
Spezialität:
Hobeldielen u. Rauhspund n. schwed. Art bearbeitet

Leo Freund
Strumpfwarenfabrikation, Handschuhe, Trikotagen en gros
Bahnhofstraße 17 = = Telephon Ring 8762

Kaufhaus Tauentzien
Tauentzienstraße 158
Modernes Spezialhaus
für Damen-, Herren- und Kinderwäsche
Blusen — Röcke

Alfred Pospischil
Holzgroßhandlung
Kaiser-Wilhelm-Straße 92
Telephon: Ring 9614

Friedmann, Riesenfeld & Co.
Tauentzienstraße 55, Nähe Hauptbahnhof
:: Tabakwaren-Großhandlung ::

Joseph Hoffmann
Siebenhufener Straße 11/15 (nächst dem Freiburger Bahnhof) Telephon: Ohle 1860
Einkaufsstelle sämtlicher Häute und Felle

Seemann & Herrnstadt
BRESLAU, Karlstraße 12 Telephon: Ohle 8303 u. 9507
Strumpfwaren-, Handschuhe-, Trikotagen-, und Wollwaren-Großhandlung

---

Abfahrt der Züge nach Richtung Oels.

W = Werktags. △ = Bahnpost. x fallen bis auf weiteres aus. * Beschleunigter Personenzug.

Breslau Hbf. ab	W437	△518	△608	952	1240	W112	△254	340	—	△538	—	△618	*x801	924	1105
Breslau Gleim. ab	W450 nach Oels	535 nach Freyhan	625 nach Czlanau	1009 nach Czlanau	1257 nach Czlanau	W125 nach Hundsfeld	312 nach Czlanau	352 nach Hundsfeld	516 Mittwch Sonnab.	542 nach Freyhan	625 n. Oels Sonnab.	633 nach Czlanau	*x815 nach Hohenbergen	938 nach Freyhan	1120 nach Kreuzbg

---

Emil Fache · Aktiengesellschaft
für Branntwein und Edellikäre
Weinhandlung — **Gaststättenbetriebe in allen Stadtteilen** — Flaschenverkauf
Fernsprecher: Ohle Nr. 600 u. 9158

Clarenmühle I (Tel. Ring 646 u. 49516) Kryschanowitzer Mühle (Tel. Ring 2806)
F. D. C. Iwand, Mühlen-Aktiengesellschaft
Vorderbleiche 1.

Ostug-Tabake
Qualitäts-Rauchtabake
Tabakfabrik „Ostug",
Max Braun & Co.
Breslau 10 Matthiasstr. 45

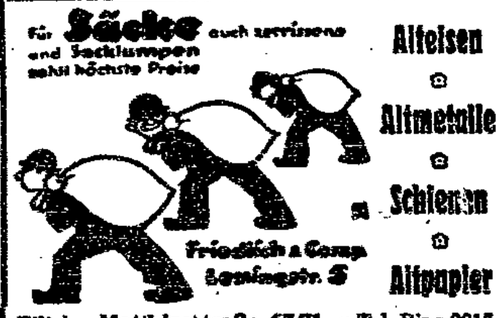
Ostdeutsche Bekleidungs-Werkstätten
G. m. b. H. Friedrichstraße 21
Anfertigung von
Herrengarderobe / Anzüge / Ulster / Paletots
Lieferanten verschiedener Gewerkschaftskartelle und für Mitglieder von Beamten- und Angestellten-Verbänden

---

Erich Wolff & Brauer
Holzgroßhandlung * Neue Schweidnitzer Straße 11
empfiehlt sich zum Bezuge von
Rundholz und Schnittmaterial aller Art

Schuhhaus
Josef Gruschka
Neue Taschenstraße 6

Wilhelm Schreiber
Tauentzienstraße 166
Herrenartikel, Manufaktur-, Kurz-, Woll- und Weißwaren



Alteisen
Altmetalle
Schienen
Altpapier

Filiale: Matthiasstraße 67/71. :: Tel. Ring 9017.

Kaiser-Lichtspiele
Neue Schweidnitzer Straße 19
Mäßige Preise
Ständige Vorführung erstklass. Programme mit Ia Musikbegleitung

---

Buchhandlung „Volkswacht"
Modernes Antiquariat
Neue Graupenstr. 5.